

# Miteinander. Für Deutschland.

*Gülistan Yüksel*



## Der Newsletter der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Mönchengladbach

21. März 2016

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

heute erscheint mein Newsletter in einem neuen Design!  
Viel Freude beim Durchblättern!

Die drei Landtagswahlen im März brachten der sogenannten „Alternative für Deutschland“ viele Stimmen. Die AfD nutzt die Flüchtlingssituation aus, um Gruppen in unserer Gesellschaft gegeneinander auszuspielen. Aber, und auch das haben die Landtagswahlen deutlich gezeigt: Die große Mehrheit der Bevölkerung lässt sich von dieser Partei nicht beirren. Was wir der AfD entgegenhalten müssen, ist eine vernünftige Politik, die sich klar an unser Grundgesetz hält! Wenn wir mit einer guten Politik die gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen besser ordnen, wird die Zustimmung zur AfD wieder sinken.

Es freut mich sehr, dass Malu Dreyer weiterhin Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz bleibt. Herzlichen Glückwunsch! Sie zeigt, dass das Festhalten an unseren sozialdemokratischen Werten Erfolg bringt!

Nun wünsche ich Euch erholsame Osterfeiertage und eine schöne Zeit mit Euren Lieben. Viel Freude beim Ostereiersuchen wünscht Euch

Eure

Gülistan Yüksel



### Inhalt

Equal Pay Day	S. 2
Pflegeberuf stärken	S. 3
Bezahlbares Wohnen	S. 4
Behindertenrechte stärken	S. 4
Bundesverkehrswegeplan	S. 5
Impressionen	S. 7

Mehr Infos unter  
[www.guelistan-yueksel.de](http://www.guelistan-yueksel.de)

und auf Facebook  
[Gülistan Yüksel –  
Miteinander. Für Deutschland.](#)



#### Impressum

V.i.S.d.P.: Gülistan Yüksel, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin |  
guelistan.yueksel@bundestag.de  
© 2016 | Gülistan Yüksel MdB  
Redaktion und Layout: Edip Uzun | Redaktionelle Mitarbeit: Judith Aßmann, Tobias Paszek

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, möchten wir Sie bitten, uns Ihre Newsletter-Abmeldung per E-Mail mitzuteilen. Anschließend wird Ihre E-Mail-Adresse aus dem Verteiler gelöscht.

## Equal Pay Day – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Am 19. März fand der diesjährige Equal Pay Day statt. Frauen bekommen für gleiche oder gleichwertige Arbeit im Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn. Umgerechnet in Tage, arbeiten Frauen also 79 Tage umsonst. Bis zum 19. März haben sie im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen also kein Gehalt bekommen. Mit der Veranstaltung am Brandenburger Tor wollen wir deutlich machen: So darf es nicht weitergehen! Es muss Verbesserungen auf allen Ebenen geben.



Auch wenn Frauen genauso gute Arbeit leisten wie Männer, fällt das Entgelt am Monatsende geringer aus. Der Gehaltsunterschied ist in Deutschland sogar größer als in den meisten anderen Staaten der Europäischen Union. Berufe, wie der wichtige Beruf von Krankenschwestern, gehören zu den klassischen „Frauenberufen“,

die häufig schlechter als typische „Männerberufe“ bezahlt werden. Durch die geringeren Löhne fällt auch die Rente niedriger aus, weshalb Frauen öfter von Altersarmut betroffen sind. Die SPD-Bundestagsfraktion hat 2015 mit dem Koalitionspartner den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt, der die Situation hier verbessert. Millionen Frauen in diesen Berufen erhalten mehr Geld. Es geht dabei aber nicht nur um den Lohn – auch eine bessere Anerkennung von typischen „Frauenberufen“ wird erreicht.

Besonders Frauen haben familienbedingt Lücken in ihrer beruflichen Laufbahn. Der Wiedereinstieg nach Mutterschutz und Elternzeit ist schwierig und mit neuen Problemen verbunden. Auch wenn Teilzeitbeschäftigungen den Einstieg erleichtern, bringen sie doch Einbuße beim Gehalt mit sich. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist deshalb erforderlich.

In Führungspositionen sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Um Verbesserungen auch auf dieser Ebene zu erreichen, hat die SPD-Bundestagsfraktion die Frauenquote eingeführt, die seit dem 1. Januar 2016 gilt.

Gleichwohl gibt es weiterhin viel zu tun, um die Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern zu reduzieren und schließlich abzuschaffen. Mit dem Equal Pay Day möchten wir das Bewusstsein für diese Probleme schaffen und eine breite Öffentlichkeit ansprechen. Es ist letztlich eine Frage der Gerechtigkeit! Als SPD fordern wir gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Bundesfamilienministerin **Manuela Schwesig** wird noch in dieser Legislaturperiode den Gesetzesentwurf zur Lohngerechtigkeit einbringen, welches die Entgeltdiskriminierung bekämpfen soll. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung: Durch mehr Transparenz sollen die deutlichen Unterschiede zwischen den Löhnen von Männern und Frauen sichtbar gemacht werden, sodass auch Frauen bei der Lohnverhandlung einen für sie gerechten und der geleisteten Arbeit entsprechenden Lohn fordern können.

### **Den Pflegeberuf stärken**

Der demographische Wandel bringt enorme Herausforderung für Deutschland. Da die Zahl der älteren Menschen in unserer Bevölkerung steigt, brauchen wir besonders im Bereich der Pflege mehr qualifizierte Fachkräfte. Der Deutsche Bundestag hat vergangenen Freitag



in 1. Lesung den Gesetzesentwurf zur Reform der Pflegeberufe beraten. Die Reform soll eine moderne Pflegeausbildung schaffen und den Pflegeberuf attraktiver machen.

Die bisherigen Ausbildungsgänge in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege sollen zusammengefasst werden. Die neue Pflegeausbildung befähigt die Fachkräfte somit zum Einsatz in der Pflege von allen Altersgruppen. Damit sind die Pflegekräfte flexibler sowohl in ihrem Einsatz als auch in ihrem Berufsleben, denn der Wechsel in eine andere Versorgungsform wird dadurch erleichtert. Gleichzeitig wird eine hohe Qualität in der Pflege beibehalten. Die Auszubildenden wählen eine Vertiefung in bestimmten Bereichen: So können sie z.B. ihren Schwerpunkt im Bereich der Pflege von Kindern und Jugendlichen legen. Die Vertiefung wird im

Zeugnis ausgewiesen. Auf die neue Pflegeausbildung folgt dann der einheitliche Berufsabschluss zur „Pflegefachfrau“ bzw. zum „Pflegefachmann“.

[Hier](#) könnt Ihr mehr über die neue Pflegeausbildung nachlesen.

### **Bezahlbares Wohnen**

In 1. Lesung hat der Deutsche Bundestag am vergangenen Freitag auch den Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus beraten. In vielen Regionen in Deutschland haben wir nicht genügend bezahlbaren Wohnraum. Besonders in Großstädten und Universitätsstädten herrscht auf dem Wohnungsmarkt ein hoher Druck, der auch durch die aktuelle Flüchtlingssituation intensiviert wird. Gerade Menschen mit geringen Löhnen, aber auch jene mit durchschnittlichen Gehältern, haben es auf dem Wohnungsmarkt zunehmend schwerer. Als SPD haben wir z.B. die Mietpreisbremse eingeführt. Sie gilt seit dem 1. Juni 2015 und hat auf dem Wohnungsmarkt bereits für Verbesserungen gesorgt. Aber das reicht nicht.

Jährlich werden in Deutschland ca. 350.000 neue Wohnungen benötigt. Der vorgelegte Gesetzentwurf schafft steuerli-

che Anreize, damit mehr Angebot an bezahlbaren Wohnungen entsteht und so die Situation auf dem Wohnungsmarkt entschärft wird. Die steuerliche Förderung von sozialem Mietwohnungsbau gilt dabei gezielt Regionen, in der Wohnungsknappheit herrscht. Luxuriöse Bauvorhaben sind von der Förderung ausgeschlossen.

[Hier](#) findet Ihr mehr Informationen zur Wohnungsbauoffensive von Bundesbauministerin Hendricks.



### **Behindertenrechte stärken**

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts vorgelegt. Dieser wurde am Donnerstag im Plenum des Bundestages debattiert. Der Entwurf ermöglicht eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung.



Eine Reihe von Maßnahmen ist vorgesehen, um Behindertenrechte zu stärken. Zu den wichtigen Neuregelungen zählt die Verbesserung der Barrierefreiheit im Bereich Bauen, damit der Alltag möglichst unkompliziert ablaufen kann. Nachteile für Menschen mit Behinderung in der öffentlichen Verwaltung sollen abgebaut werden. Deshalb ist die Verbreitung von Leichter Sprache ebenso wichtig, um mehr Menschen mit Behinderung einen besseren Zugang zu Information zu ermöglichen. Der Gesetzentwurf sieht weiterhin vor, den Behinderungsbegriff an die Behindertenkonvention der Vereinten Nationen anzupassen.



Nähere Informationen dazu findet Ihr [hier](#).

### **Pressemitteilung: Bundesverkehrswegeplan 2030 in Berlin vorgestellt – für MG sehr unbefriedigend**

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Gülistan Yüksel bedauert, dass die Autobahnausbauten A 52 und A 61 sowie das wichtige Schienenprojekt zwischen Venlo und Mönchengladbach im von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt vorgelegten Arbeitsentwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP) lediglich in die Kategorie „weiterer Bedarf“ bzw. der zweigleisige Ausbau der Strecke zwischen Venlo und Viersen sogar nur als „potentieller Bedarf“ eingestuft wurde.

Gülistan Yüksel und SPD-Ratsfraktionsvorsitzende, Felix Heinrichs: „Gerade die niedrige Priorisierung des Schienenausbaus im Bundesverkehrswegeplan ist ein echter Rückschlag für die Region, den wir nicht hinnehmen möchten. Wir werden daher weitere starke Argumente sammeln“. Gülistan Yüksel wird sich im kommenden parlamentarischen Verfahren dafür einsetzen, dass die Bewertung der Maßnahme Ausbau der Bahnstrecke zwischen Venlo bis Rheydt noch einmal überdacht wird. „Immerhin verbinden wir damit auch die Durchführung der S 8 bis Rheydt und eine Schnellzugverbindung zwischen Mönchengladbach und Eindhoven. Auch der Ausbau der A 61 ist ein wichtiges Projekt, denn damit können wir

den modernsten Lärmschutz für die Bürger erreichen“, so Yüksel und Heinrichs.

Felix Heinrichs: „Für die A 52 war der 6-streifige Ausbau bislang in Planung und für die A 61 wurden die Planung für den 6-streifigen Ausbau begonnen sowie die Umweltverträglichkeitsstudie abgeschlossen. Uns hat bereits in Vorgesprächen sehr überrascht, dass die Planung für den Ausbau der A 61 eingestellt wurde. Gerade im Blick auf besten Lärmschutz ist dies nicht zu verantworten. Übrigens erwarten wir hier eine bessere Ministerabstimmung am Berliner Kabinettstisch. Durch den Verkauf der Häuser an der Lilienthalstraße in Holt durch den Bundesfinanzminister (CDU) über die BImA werden Verkehrsprojekte des Bundesverkehrsministers (CSU) verhindert. Da muss dringend gegengesteuert werden. Im Ergebnis ist für Mönchengladbach die sogar zweifache Rückstufung der A 52 nicht akzeptabel und die A 61 gehört auch in den vordringlichen Bedarf.“

Laut Gülistan Yüksel ist der Bundesverkehrswegeplan eines der wichtigsten verkehrspolitischen Projekte dieser Wahlperiode. Mit ihm werden für die kommenden 15 Jahre die entscheidenden Weichen für die bundesweite Verkehrsinfrastruktur gestellt. Projekte, die im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlicher Bedarf (plus)“ eingestuft sind, hätten eine sehr

hohe Wahrscheinlichkeit der baldigen Realisierung – auch wenn der BVWP als Planungsinstrument keine unmittelbare rechtliche Wirkung entfalte. Die Zukunft von Projekten im „weiteren Bedarf“ wäre hingegen eher unbestimmt.



„Mit dem ersten Arbeitsentwurf – der aktuell vorliegt – ist die finale Entscheidung noch nicht getroffen. Deswegen rufe ich alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, an dem am 21. März 2015 gestarteten sechswöchigen Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren teilzunehmen. Auch ich werde mich in Berlin weiter für die Mönchengladbacher Projekte Autobahnausbau A 52 und A 61 sowie Ausbau der Bahnstrecke zwischen Venlo bis Rheydt starkmachen. Wir brauchen aber auch Unterstützung aus der heimischen Wirtschaft, damit der linke Niederrhein nicht weiter abgehängt wird“, so Gülistan Yüksel abschließend.

[Hier](#) geht es zum Bundesverkehrsplan 2030 Gesamtentwurf.

Weitere Informationen auf der [Internetseite Bundesverkehrsministerium](#).

## Impressionen

Im Februar und März hat Maya Yoken aus Mönchengladbach für Wochen ein Praktikum in meinem Berliner Büro absolviert. Sie hat mich zu Ausschuss- und Arbeitssitzungen begleitet und mich in meiner parlamentarischen Arbeit unterstützt. Es hat mir und meinem Büro viel Spaß gemacht und wir wünschen Maya alles Gute für ihre Zukunft!



Mit dem Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung aus Rheydt-Mülfort



Bei der Verleihung des Ehrenrings der Stadt Mönchengladbach an Jupp Heynckes



Bei der 38. Jugendsportlerehrung am 11. März in Mönchengladbach